

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher Amt C 570 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsamt Nr. 3164

Die vierte Kriegstagung des Reichstags.

Alle organisierten Arbeiter Deutschlands haben ein Anrecht, zu dem gewaltigsten Ereignis, das je die Menschheit erfasste — zum Weltkrieg — Stellung zu nehmen. Ja, die freigewerkschaftlich organisierten, die in all den Friedensjahren planmäßig auf den sozialistischen Geist in ihren Reihen hinwirkten, sind geradezu verpflichtet, mit ihrer Meinung nicht zurückzuballen.

Es ist nun unsere feste Überzeugung, daß der Kreis derer, die mit der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, des Parteivorstandes und Parteiaussschusses nicht einverstanden sind, in den deutschen Gewerkschaften überaus klein an Zahl und Einfluß geblieben ist. Daran konnten all die frampfbaren Versuche der Parteiminderheit, die innerpolitischen Unzulänglichkeiten (Lebensmittelkennung usw.) sowie den alleseitig vorhandenen Friedenswillen für sich nutzbar zu machen, nichts ändern. Deshalb hatten wir die ernste Zustimmung zu den 10 Milliarden Kriegskrediten für ein Weidelnis, das in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als notwendig und richtig erkannt werden wird.

Wögen auch heute noch aus Gefühl, Tradition und anderen politisch wenig zielklaren Gesichtspunkten heraus Bedenken bei manchen Arbeiter vorhanden sein, mag mancher Parteitheoretiker die Punkte seiner Ideenwelt zusammenbrechen sehen, die Grundzüge der deutschen Arbeiterbewegung sind weder durch die Kriegsvorgänge selbst noch durch die Stellungnahme für die Kriegskredite erschüttert oder gar zusammengebrochen.

Wir erwarten auch, daß nun das Gespenst der Parteizerrümmernng, das in den letzten Monaten aufkandte, völlig verschwindet und wieder einer vernünftigen Besinnlichkeit Platz macht. Es ist uns menschlich gewiß verständlich, wenn nicht jeder in ein rechtes Verhältnis zu den Kriegsvorgängen und der dadurch geschaffenen politischen Lage kommen kann, aber sich mit dieser individualistischen Empfindung noch brüsten, sie hinaustellen als „marxistisch“ und — wie der deutsche Herrs-Viehknecht — fortgesetzt aus der Reihe zu tanzen, das kann dauernd selbst die große deutsche Sozialdemokratie nicht ruhig ertragen.

Viel Schaden ist von der sogenannten Opposition schon angerichtet worden. Wögen nun, nachdem erneut Zweidrittelmehrheitsbeschlüsse vorliegen, die entscheidenden Körperschaften alles daran setzen, daß bis zum Parteitag Friede gehalten wird. Das Kadixpiel kann dann nur kurz sein.

Tod wir wollten von der vierten Kriegstagung des Reichstages sprechen . . .

Die Reichskanzlerrede gab in ausführlicher Darstellung noch einmal die weltpolitischen Vorgänge vor Ausbruch des Krieges wieder. Die Einkreisungspolitik Englands — nen belegt durch die belgischen Gesandten in London, Paris, Berlin! —, die fortgesetzten Friedensbe-

mühungen Deutschlands, insonderheit der Versuch, den Konflikt Serbiens mit Oesterreich zu lokalisieren und wieder einzurenken, indem man Wien wissen ließ: „daß wir zwar bereit sind, unsere Bundespflicht zu erfüllen, es aber ablehnen müssen, uns von der österreichisch-ungarischen Regierung durch Nichtbeachtung unserer Ratsschlüge in einen Weltbrand hineinzuziehen zu lassen“ — das wie auch die russische Mobilmachung sind Vorgänge, die u. E. auch nach dem Kriege durch irgendwelche Dinge nicht entkräftet werden können.

Ueber die Besetzung Polens äußerte sich der stanzler vorsichtig, aber unabweisend:

„Die gleisnerischen Versprechungen unserer Feinde ahnte ich nicht nach, aber ich hoffe, daß die heutige Besetzung Polens den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schaffen und das vom russischen Joch befreite Volk einer glücklicheren Zukunft entgegenführen wird.“

Polen soll also nicht wieder in russische Hände fallen, und der Empfang der deutsch-österreichischen Soldaten in Lublin, Warschau usw. beweist, daß die polnische Bevölkerung sich in der Tat befreit fühlt, was ja wohl mit dem Programm der „Befreiung“ durch die Westmächte (Frankreich-England) nicht leicht in Einklang zu bringen ist.

Der Reichskanzler schloß mit der Versicherung, den Kampf durchzuhalten, „bis die Bahn frei wird für ein neues von französischen Mäkten, von moskowitzischer Eroberungssucht, von englischer Vormundschaft befreites Europa“.

Wenn der Reichskanzler sich etwas deutlicher gegen die nationalliberalen Annerkennungspolitiker, über Friedensmöglichkeiten und vor allem — über die freieitliche Entwicklung unserer inneren Politik ausgesprochen hätte, könnte er auch unseres uneingeschränkten Beifalls sicher sein . . .

Der folgende Tag brachte die etwas nüchterne Kriegsberechnung des Schatzsekretärs Dr. Helfferich, der in interessanter Darstellung bewies, daß jeder Kriegstag 300 Millionen verbringt, wovon die Zentralmächte etwa ein Drittel ausgeben. Jeder Kriegsmont kostet uns etwa zwei Milliarden Mark. Bislang sind 20 Milliarden bewilligt, mit den neuen Krediten von 10 Milliarden reichen wir also etwa bis Ende 1915. Dr. Helfferich, dessen eindrucksvolle Schilderung wir in der Tagespresse nachzulesen bitten, sagte u. a.: „Wir wollen diesen Zahlen und der Wahrheit klar und unerschrocken in die Augen sehen. Wir wollen uns über die Größe der Leistungen, die noch zu vollbringen sind, über die Schwere der noch bevorstehenden Opfer keiner Selbsttäuschung hingeben. Es ist eine furchtbar schwere Zeit, die dem deutschen Volk und dem ganzen Erdball auferlegt ist. Wir werden dieser Zeit nicht mit großen Worten geredet. Wir wollen uns nicht ernüchtern und klar darüber Redenshaft geben, daß das zweite Kriegsjahr schwerer sein wird als das erste.“

Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion brachte Dr. David in großzügiger und sachlicher Kritik die Auffassung der deutschen Arbeiterklasse zum Ausdruck. Sowohl „die großen Erfolge im Westen und die gewaltigen Siege im Osten erfüllen uns mit Stolz und Bewunderung. Es ist uns ein Herzensbedürfnis, allen, die ihre Kraft, ihre Gesundheit und ihr Leben fürs Vaterland eingesetzt haben, unseren heißen Dank auszusprechen... Dem gewissenlosen Lebensmittelmacher muß das Brandmal des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte aufgedrückt werden... Eroberungslust darf den Krieg nicht verlängern... Leider sind unsere Feinde trotz ihrer schweren Niederlagen noch immer nicht zum Frieden geneigt. Ihre leitenden Staatsmänner und politischen Führer haben bis in die letzte Zeit hinein ihre Entschlossenheit bekundet, den Krieg fortzusetzen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands und bis zur Erreichung ihrer gegen uns und unsere Verbündeten proklamierten Eroberungsziele... Dem deutschen Volke muß auch ein größeres Maß innerpolitischer Freiheit eingeräumt werden. Die neuen Bahnen, die beschritten werden sollen, müssen dem

Ziele zuführen, das allein die volle Entfaltung der politischen und kulturellen Kraft unseres Volkes verbürgt, nämlich zum Ziele der Gewährung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde. Wer es vorher noch nicht wusste, hat es in diesem Kriege gelernt, daß die Massen des deutschen Volkes an Tüchtigkeit, organisatorischem Geist und sozialem Pflichtgefühl so hoch stehen, daß ihnen die Forderung nach voller politischer Gleichberechtigung nicht mehr verweigert werden kann. Die Schaffung freier und höherer Rechts- und Kulturzustände innerhalb unseres Volkes und von Volk zu Volk, das muß das unverrückbare Ziel einer Politik sein, die den höchsten Interessen unseres Volkes und der gesamten Menschheit dient. Im Dienste und im Kampfe für dieses Ziel werden wir auch diesmal den geforderten Krediten unsere Zustimmung geben.“

Nach den Zustimmungserklärungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien — die sich untereinander nur um Nuancen unterschieden — wurden mit allen gegen eine Stimme (Liebknecht) die Kriegskredite angenommen. Gegen 30 Sozialdemokraten hatten sich durch Fernbleiben der Abstimmung enthalten.

Blick in die Zukunft!

Zu Beginn des zweiten Kriegsjahres brachten fast alle Zeitungen Rückblicke auf das abgelaufene Jahr und über den gegenwärtigen Stand des Krieges. Soweit sie damit Ausblicke in die Zukunft verbanden, beschränkten sich diese meist darauf, zu untersuchen, welche Ereignisse sich wahrscheinlich in nächster Zeit auf dem Kriegsschauplatz abspielen werden. Man fand nur wenig Ausblicke auf die Zukunft des ganzen Volkslebens; und doch gibt es kein Gebiet des öffentlichen Lebens, auf dem nicht die größten, dringend der Lösung harrenden Probleme auftauchen. Man braucht nur an die Steuerpolitik, die Preisgestaltung der wichtigen Lebensmittel, das ganze Gebiet der Sozialpolitik zu denken, um sofort zu erkennen, daß es kein Gebiet des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gibt, das nicht in seinen Grundfesten erschüttert ist und nicht gleich nach dem Friedensschluß neu ausgebaut werden muß. Und bei der Lösung aller dieser Fragen wird auch das Interesse der Arbeiter berührt. Die Arbeiter dürfen darum mit der Besprechung der nächsten Zukunft nicht warten, bis die fertigen Gesetzentwürfe vorliegen; sie müssen vorher ihre Forderungen formulieren.

Aus dem gewaltigen Gebiet der Probleme möchten wir nur einige Fragen herausgreifen. Schon bei oberflächlicher Betrachtung drängen sich besonders zwei Fragen in den Vordergrund:

1. Wie kann die Produktionsfähigkeit des Volkes auf die denkbar höchste Stufe gehoben werden?
2. Wo sind Umjagmärkte für die geschaffenen Waren zu finden?

Sollen die verderbenbringenden Folgen des Krieges nicht jahrzehntelang nachwirken, dann werden wir nach Friedensschluß in Anbetracht der enormen Menschenverluste geradezu peinlich mit den verbliebenen Arbeitskräften haushalten müssen. Als erste Frage taucht auf: Was ist für die Kriegsinvaliden und für die Hinterbliebenen der Gefallenen zu tun? Erfreulich ist, daß von allen Seiten anerkannt wird, es muß mehr geschehen, als die Militärpensionsgesetze und die Militär-Hinterbliebenen-Verpflegungsgesetze bieten. Trotz dieser allgemein verbreiteten Erkenntnis wird es doch großer Kämpfe bedürfen, um das zu erlangen, was nötig ist. Ungeachtet alles Wohlwollens für die Invaliden und die Hinterbliebenen der Gefallenen steckt ein festgewurzelter Aberglaube in den Gemütern der „wohlwollenden“ Deutschen. Sie meinen: der Invalide darf nicht soviel haben wie der Gesunde, und die Hinterbliebenen dürfen nicht mehr haben, wie der Vater gehabt hätte, wenn er als Ganzinvalid weiter gelebt hätte.

Gibt man dem Invaliden weniger als derselbe Mann, wenn er gesund geblieben wäre, gehabt hätte, dann gehen die Reste verbliebener Arbeitsfähigkeit bald völlig verloren, denn durch nichts wird die Arbeitsfähigkeit der Menschen schneller und mehr herabgedrückt, als durch den täglichen Kampf mit der Sorge um das tägliche Brot. Hier gilt es das Augenmerk nach zwei Richtungen zu lenken: der Geschädigte muß vollen Eifer für die materiellen Nachteile des an seiner Gesundheit erlittenen Schadens haben, und die Pension darf von wucherischen Ausbeutern nicht zu Lohnbrüderi ausgenützt werden. Während die Lösung der ersten Frage Aufgabe der Gesetzgebung ist, müßten für die zweite Frage die Gewerkschaften Vorbeugungsmaßnahmen treffen.

Allgemein wird jetzt anerkannt, daß für die Höhe der Pension nicht allein, wie es bisher der Fall ist, der militärische Rang maßgebend sein darf, sondern daß man auch das Einkommen im bürgerlichen Leben mit berücksichtigen muß. Für die Pensionssteigerung sollte man aber noch ein weiteres Moment in Betracht ziehen. Nämlich die Kinderlosigkeit der Invaliden mit seiner Pension und seinem Arbeitseinkommen zu erhalten hat. Ein Vorbild bietet hierfür die Reichsversicherungsgesetzgebung. Nach § 1291 dieses Gesetzes erhalten die Empfänger von Invaliden- und Krankrente für jedes unter 15 Jahr alte Kind eine Rentenerhöhung von 10 Proz., bis zum Betrage von 50 Proz. der Stammrente. Der Betrag kommt also bei 1 bis 5 Kindern voll zur Auszahlung. Die finanzielle Wirkung ist keineswegs abschreckend. Es wurde 1913 an 145 970 Personen Invaliden- oder Krankrente bewilligt. Von diesen erhielten 32 037 Personen (also 21,8 Prozent) Kinderzuschulrente. Der Jahresbetrag der Stammrenten betrug 27 186 415 Mk. Die Kinderzuschüsse erreichten nur 1 432 247 Mk., also 5,27 Proz. der Stammrente.

Nach der starken Verwüstung von Familienleben muß alle Kraft daran gesetzt werden, die heranwachsende Generation gesund zu erhalten. Von höchster Wichtigkeit sind dabei die Hinterbliebenenrenten. Nach dem Militärhinterbliebenen-Verpflegungsgesetz sollen Witwen und Waisen nicht mehr erhalten, als der vollständig invalide Vater gehabt hätte. Das Hungerleiden kinderreicher Familien würde schon gemildert, wenn man dem Vater Kinderzuschulrenten bewilligen würde. Man sollte aber mit dem Grundgedanken, daß kinderreichen Familien die Einkünfte gestürzt werden, völlig brechen. Dieser Grundgedanke hat nur dann einen Schein von Berechtigung, wenn man Penurie gibt, die neben der Ernährung noch einen Luxus gestattet. Gibt man aber nur die Penurie, die für die notwendige Ernährung und Kleidung dringend gebraucht werden,

dann bedeutet jeder Abzug eine Verurteilung zum Hungern. Ein Kind braucht darum nicht weniger Schuhe, Kleidung und Nahrungsmittel, weil es noch neun Geschwister hat. Der finanzielle Gewinn, den das Reich durch solche Kürzung erzielt, ist minimal. Der Durchschnitt der Kinder in den mit Kindern gesegneten Familien ist 2,38. Das Reich gewinnt durch die Abzüge nur minimale Summen; das Elend aber ist in kinderreichen Familien um so größer, je zahlreicher die Kinderschar ist.

Einem erheblichen Teil der Kriegswaisen und zugleich der Waisen, die ihren Ernährer durch Krankheit verloren haben, könnte man helfen, wenn man den Waisen die Gelder geben würde, die man bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung als wahrscheinliche Ausgabe für Waisenrente in Rechnung gestellt hat. In der Begründung dieses Gesetzes hat man angenommen, daß auf je 1000 Versicherten im Versorgungszustand 105,4 Waisen kommen werden. Um diese Ziffer zu erreichen, müßten wir jetzt bei 16,5 Millionen Versicherten einen jährlichen Zugang von rund 217 800 Waisen haben. Wir hatten aber 1914 trotz des Krieges nur einen Zugang von 75 600; auch wurden die Einnahmen aus der zur Durchführung der Hinterbliebenenversorgung vorzunehmenden Beitragserhöhung viel zu niedrig angesetzt. Wenn man für jedes Waisenkind eine Rente von durchschnittlich 130 M. gibt, dann kann das leicht aus den Summen bestritten werden, die als wahrscheinliche Ausgabe an Reichszuwendung und an Leistungen der Versicherungsträger für Waisenrente in Aussicht gestellt wurden.

Man muß sich auch nach Mitteln und Wegen umsehen, die Konsumfähigkeit der arbeitenden Arbeiter zu heben. Fast alle Produkte sind im Preise gestiegen, und es ist leider wenig Aussicht vorhanden, daß gleich nach dem Friedensschluß ein merklicher Rückgang der Preise eintritt. Passen sich die Preise nicht der Zahlungsfähigkeit der Arbeiter an, dann müssen aber die Arbeiter danach streben, die Löhne den Preisen anzupassen. Gut ernährte Arbeiter müssen wir haben, wenn wir die Produktivkraft steigern und im Konkurrenzkampf aushalten wollen. Eine Art Monopolstellung in bestimmten Waren kann sich ein Land auf dem Weltmarkt nur erobern, wenn es Waren besserer Güte bringt als seine Konkurrenten. Nicht durch Willkür hat sich die deutsche optische Industrie, die Feinmechanik, die chemische Industrie usw. den Absatzmarkt erobert. Will man Waren von hervorragender Güte erzeugen, dann muß man aber Qualitätsarbeiter haben. Zweifellos ist in der deutschen Arbeiterklasse ein Reichtumsmaterial von solcher Intelligenz vorhanden, wie es kein anderer Industriestaat hat. Hier kann man durch gute Ausbildung und entsprechende Lebenshaltung Elitearbeiter erziehen. Wäre niedriger Arbeitslohn die beste Waffe im Konkurrenzkampf, dann würden China, Japan und Indien bald Europa und Amerika verdrängen. Und der beste Markt liegt nicht in nebelarmer Ferne. Es ist ein verbängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß der Außenhandel das Rückgrat der Produktion ist. Die steigenden Ziffern des Ausfuhrhandels haben bei vielen Leuten, selbst bei Nationalökonomern, den Gedanken aufkommen lassen, daß der Außenhandel den Innenhandel überflügelt. Große Zahlen blenden und führen leicht zu Ungeschlüssen. Im Ausfuhrhandel Deutschlands ist die Ausfuhr fossiler Brennstoffe die größte Menge. 1913 war es mehr als 60 Proz. unserer Ausfuhr, soweit die Gewichtsmenge in Betracht kommt. Aber auch die Inbetriebnahme der Bergsteigerung kann leicht Leute auf Irrwege führen. Es wurde ausgeführt 1882 für 70,7 Millionen Mark, 1895 für 119,1 Millionen Mark und 1907 für 395,5 Millionen Mark. Also 25 Jahre brachten eine Steigerung um mehr als das Fünffache. Wie sieht aber das Bild aus, wenn man die Produktionszahlen neben die Ausfuhrziffern stellt? In der Hauptsache sind es Steinkohlen, eines der wenigen Produkte, über welches wir genaue Produktionsziffern haben. Produktion und Ausfuhr haben im folgenden Verhältnis:

	Geforderte Menge in Tonnen	Ausfuhr in Tonnen	Von 100 Tonnen wurden ausgeführt
1882	52 118 600	7 631 617	14,61
1895	79 169 300	10 360 838	13,09
1907	143 185 700	20 061 400	14,01

Der Außenhandel ist im ganzen ziemlich konstant. Er beweist höchstens, daß die Entwicklung in unseren Absatzgebieten eine ähnliche gewesen ist, wie bei uns.

Ähnliche Erscheinungen sehen wir auf allen Gebieten. Der Inlandsverbrauch an Rohstoffen stieg stärker als die Ausfuhr der aus diesen Rohstoffen gefertigten Waren. Das sehen wir bei Spinnstoffen, Baumwolle, Wolle, Zute usw. Einen Versuch, festzustellen, für wieviel Beschäftigte die Ausfuhr überhaupt eine Bedeutung hat, machte das Statistische Amt des Reiches 1895. Es stellte bei allen ausgeführten Waren fest, von welchen Gewerbegruppen diese Waren hergestellt wurden und setzte nun die Zahl der in dieser Gewerbegruppe Beschäftigten daneben. Es kamen 72 Gewerbegruppen in Betracht. Von 100 Beschäftigten waren in diesen Gewerbegruppen beschäftigt: 1882: 44,81, 1895: 41,13 und 1907: 36,86. In diesen Zahlen sind alle in diesen Gewerbegruppen Beschäftigten aufgeführt. So stehen z. B. unter den für Ausfuhr Beschäftigten sämtliche Bäcker, Fleischer, Tabakarbeiter usw. Bei den Tabakarbeitern kann man ziemlich genau feststellen, wieviel für Ausfuhr arbeiten. Es wurde z. B. 1907 973 900 Doppelzentner Tabak verbraucht. Ausgeführt wurden 6686 Doppelzentner Tabakfabrikate. Rechnet man, daß aus 100 Kilogramm Rohtabak 75 Kilogramm Fabrikate hergestellt werden, dann ist 0,92 Proz. der Produktion ausgeführt. Zur Herstellung dieses Quantum sind noch nicht 2000 Arbeiter erforderlich und doch stehen sämtliche 203 221 in der Tabakverarbeitung beschäftigte Personen unter den Exportarbeitern. Ähnlich wird das Verhältnis bei den Bäckern und Fleischern sein.

Selbst bei der Textilindustrie, die für mehr als 1600 Millionen Mark Waren ausführt, erreicht das Gewicht der ausgeführten Waren nicht ein Siebentel des Gewichtes der eingeführten Spinnstoffe.

Grob ist die Gruppe, die überhaupt nicht für die Ausfuhr arbeitet. Hierher gehören das ganze Baugewerbe, die Gast- und Schankwirtschaften, Barbier, Straßenbahnarbeiter, die Arbeiter in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken usw. Der heimische Markt ist also das Gebiet, wo mindestens neun Zehntel unserer Produktion abgesetzt werden müssen. Diesen Markt aufnahmefähig zu gestalten, ist darum eine der vornehmsten Aufgaben.

Hier treten dann Wechselwirkungen ein. Je besser die Arbeiter wirtschaftlich gestellt sind, um so mehr steigt ihre Leistungsfähigkeit. Gelinigt es, die Arbeiter auf eine höhere Kulturstufe zu heben, als die Arbeiter anderer Länder erreicht haben, um so mehr Produkte werden wir erzeugen, die in Qualität die Produkte anderer Länder übertreffen. Verlust des Auslandsmarktes wird erst dann eintreten, wenn andere Länder bessere Waren liefern.

Sobald man an die praktische Durchführung der hier ange deuteten Fragen denkt, tauchen sehr viele Probleme auf, die fast alle Gebiete des sozialen und kulturellen Lebens betreffen, so daß man Hände schreiben müßte, wenn man alles das, was voraussichtlich die nächste Zukunft bringen wird, nur andeuten wollte. Die Arbeiter dürfen sich von dem Tageslärm nicht einfließen lassen. Ihr Interesse ist es, das auf allen diesen Gebieten in Frage steht. Sie müssen, wo sie zusammenkommen, die Fragen besprechen, die für sie ein besonderes materielles Interesse haben. Das große Ziel ist, unser wirtschaftliches und kulturelles Leben auf solche Stufe zu heben, daß wir in dem friedlichen Wettstreit der Völker an die Spitze kommen. Wird auf diesem Gebiete der Siegeswille mit derselben Leidenschaft propagiert, wie man es in dem blutigen Ringen getan hat, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Sermann Rollenburg.

• **Wochenbericht vom Krieg** •

Berlin, den 23. August 1915.

Abermals eine Siegeswoche! Dennoch will sich der Horizont nicht recht aufhellen. Wohl sind die Eroberungen von Nowo und Nowo Georgiewsk im der ungeheuren Beute! die glänzenden Erfolge des östlichen Feldzugs. Riga, Wilna, Breit-Litowsk sind gefädert; erstere besonders durch das Eindringen der deutschen Kavallerie in den litauischen Meerbusen. Andererseits will Italien sein Glück hauptsächlich an den Dardanellen versuchen, da es am 20. 8. der Türkei den Krieg erklärt hat. Wofür jetzt „Gründe“ wobbelt wie Prombeeren sind! Drei Monate schon rennt Italien sich die Köpfe vergeblich blutig an der überreichlichen Grenzabwehr! - Heber die Balkan-Neutralität brachelt die Tagespresse jetzt jeden Tag spaltenlang, ohne rechte Mitarbeit. Rumänien möchte wohl Rußland indirekt weiter unterstützen durch Verbote von Waffendurchfuhr und Ausfuhrverbote, andererseits in das Agrarland zum Teil auf den deutschen Markt angewiesen. Bulgarien soll definitiv mit der Türkei über die Grenzabreitungen (und damit Neutralitätsbewahrung) übereingekommen sein; Serbien „soll“ bereit sein, Macedonien zum Teil an Bulgarien abzutreten - der Not und dem rüchlich englischen Druck gehorchend -; Griechenland bekommt den ententefreundlichen Venizelos, will aber nichts abtreten an Bulgarien. Kurz: nichts Geistes weiß man mehr! Amerika scheint infolge der Torpedierung der „Arabic“ mit 4 verurteilten Amerikanern: die diplomatischen Beziehungen abbrechen zu wollen - wenn man nämlich amerikanischen Zeitungen trauen darf! Sorentfalls schickt Amerika auch weiter ungeheure Munitionsmengen nach England und Frankreich! - Unter Rücksichtnahme auf all diese Gesichtspunkte kann man nach wie vor nur von einem ausgeprägten Verteidigungskrieg Deutschlands sprechen und so konnte die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion keine andere sein zu den neuen Kriegskrediten, wie sie am 4. August 1914 durch die bekannte Erklärung festgelegt worden ist. - Die Hoffnung, daß unsere glänzenden Erfolge im Osten nun rasch ein Kriegsende bringen würden, ist leider bis jetzt nicht genügend fundiert. Das riesige Rußland hat immerhin noch mancherlei Widerstandsquellen, und vor allem bedarf es Zeit, um ihm eine entscheidende Niederlage zu bereiten. So kann es nicht wundernehmen, wenn in allen kriegführenden Ländern mit einem zweiten Winterfeldzug gerechnet wird - eine überaus unerfreuliche Perspektive! Wenn Frankreich die militärische Situation ohne Voreingenommenheit und mit „englischem Realismus“ prüfen würde, wer weiß, ob es nicht doch etwas friedenswilliger würde. Das würde zugleich Friedenssaktionen in anderen Ländern auslösen!

Kadibehend Einzelverläufe: 15. August. Vor Nowo 1730 Russen gefangen. - Vom Karem bis zum Bug bei Pransel werden die Russen, 5000 Gefangene. - Lofice, Biata und Sletwainze sind auf dem Wege nach Breit-Litowsk von den Truppen v. Madensens erreicht. - 16. August. Bei Mupijski (Wodwetrupland) erfolgrähe Kämpfe. 125 Gefangene. - Die Südwestfront von Nowo werden erürrt. 4500 Gefangene, 240 Geschütze, zahlreiches Kriegsgüter. - Armeen v. Zeboly und v. Gallwitz dringen östlich vor. 1800 Gefangene, 1 Geschütz, 10 Maschinengewehre. - Ein Fort und Zwischenwerke von Nowo-Georgiewsk im Sturm genommen. 2400 Gefangene, 19 Geschütze. - Deutsches U-Boot hat an der Westküste Englands diverse Granaten auf die Baanlinien abgeworfen! - 17. August. In den Boagen lebt täglich heftiger Teilkampf um Grabenrände. - **Reinigung Nowo mit unzähliger Material (über 400 Geschütze) im Sturm genommen!** - 2 weitere Forts vor Nowo-Georgiewsk erürrt. 600 Gefangene, 20 Geschütze. - Arme v. Prinz Leopold von Bayern erzwingt am Nantonsaabschnitt Heberang über den Bug. - Festlich von Madowa driner Arme v. Madensens an der Bahn nach Breit-Litowsk vor. Der Einschickungsangriff dieser Reinigung ist nach Westen geschloßen! - 5 deutsche Torpedoboote griffen an jüdischer Westküste einen englischen kleinen Kreuzer und 8 Torpedoboote-zerstörer an. Sie brachten den Kreuzer und einen Zerstörer zum Sinken, ohne eigene Verluste. - Marinelaufschiffe haben erneut London (Gin), Anlagen an der Themse und Hochseerwerke Woodbridge, Ipswich bombardiert. - Schwere Artilleriekämpfe an der italienischen Grenze. - Vor den Dardanellen wurden bei Anafarta, Ari Purnu und Sedd ul Fahr alle Angriffe von den Türken abgewiesen. - 18. August. Im Westen bei Souchez und in den Boagen heftige Teilkämpfe. - Bei Nowo wurden noch 30 Offiziere, 3000 Mann gefangen. - Karem Heberang bei Infoen in Marsch erzwungen. 800 Gefangene. - Arme v. Gallwitz bei Bahnlinie nördlich Diebst erreicht. 2000 Gefangene. - 2 weitere

Reits von Nowo Georgiewsk erürrt. Heber 1000 Gefangene, 125 Geschütze! - Vor Breit-Litowsk dringen deutsche Truppen bei Kofitino in die Vorstellungen der Reinigung ein. - Englischer Dampfer „Arabic“ (10 000 Tonnen!) torpediert. Reisende und Besatzung bis auf 8 Personen (4 Amerikaner!) gerettet. - 19. August. Enalisches U-Boot „L 13“ durch deutsches Torpedoboot im Sund verminet. - **Reinigung Nowo Georgiewsk im Sturm genommen.** Gesamte Besatzung gefangen: 6 Generale, über 5500 Gefangene davon im Endkampf 20000, über 700 Geschütze und unübersehbares Kriegsmaterial, Millionenwerte an Proviant! - 20. August. Deutscher Reichstag bewilligt mit allen Augen 1 Stimme „Vielmehr“ weitere 10 Milliarden Kriegskredite. - **Italien erklärt den Krieg an die Türkei.** - **Romale Regierung:** Türkische Unterwerfung des libanesischen Antanandes, Verbündeter der Armee von Italienern in Syrien. - Festlich Madowa heftige Kämpfe im Nordosten. 450 Gefangene, 5 Geschütze. - Weislich Infoen 610 Gefangene, 4 Maschinengewehre. - Arme Prinz Leopold bruch feindlichen Widerstand. Heber 1000 Gefangene. - Arme v. Madensens dringt am Bug (Pulwammung) vor. Vor Breit-Litowsk wird der Einschickungsangriff durch die Coerreider ergrert! - Alle italienischen Angriffe werden platig abgewiesen. - Deutsche Seestreitkräfte sind in den litauischen Meerbusen eingedrungen. 1 russisches Torpedoboot verminet, 2 schwer beschädigt. Zerner (am 19. August 2 russische Minenboote, „Sirentich“ und „Aerejet“, verminet. Reistung zum Teil gerettet (gefangen). 3 deutsche Torpedoboote sind dabei durch Minen beschädigt, wovon eins gesunken. - 21. August. Im Osten macht die Decoreguppe v. Hindenburg jüdisch Nowo, Infoen und an der Eisenbahn Biatmod-Breit-Litowsk weiter Fortschritte. Gefangene insgesamt 5100. - Arme Prinz Leopold überbrückt Eisenbahn bei Glesjele-Litowsk. 3000 Gefangene.

• **Rus Politik und Volkswirtschaft** •

Genossenschaftswesen.

Die Großhandelsvereine deutscher Konsumvereine im Jahre 1914. Vor kurzem gab die Großhandelsvereine deutscher Konsumvereine ihre Umsatzahlen für das Jahr 1914 bekannt. Das Geschäftsjahr der großen Einkaufszentrale unserer deutschen Konsumvereine geht bis zum 31. Dezember. In den Umsatzahlen für 1914 müssen sich demnach die Auswirkungen der Kriegszeit von fünf Monaten widerspiegeln. Um es jetzt schon zu sagen: Wen hier diesen Zahlen die Kriegszeit war an, gleichzeitig reden sie aber auch die deutliche veränderte Sprache von der Leistungsfähigkeit und Notwendigkeit der Großhandelsvereine deutscher Konsumvereine. Der Umsatz der Warenabteilung betrug vom Januar bis Juli des Berichtsjahres 89 772 568,54 Mk. Die Kriegsmomente August bis Dezember verzeichnen einen Umsatz von 67 751 482,14 Mk. Das Jahr 1914 hatte demnach einen Gesamtumsatz von 157 524 050,68 Mk. Im Jahre 1913 betrug der Umsatz vom Januar bis Juli 82 062 232,23 Mk., von August bis Dezember 71 951 492,99 Mk. Der Gesamtumsatz im Jahre 1913 war 154 013 725,22 Mk. Demnach liegt der Umsatz 1914 um 3 170 724,16 Mk. Im Gesamtumsatz enthalten sind die Umsätze der Produktivbetriebe. Die drei Hauptarten betragen ihren Umsatz von 39 980 227,31 Mk. auf 41 333 346,12 Mk., also um 1 353 118,81 Mk. Die Zeilenabteilung Gröbe hatte einen Umsatz von 6 539 549,51 Mk., das sind 224 297,26 Mk. mehr als 1913. Die Jüdischabteilung Saenburg weist einen Umsatz von 5 362 063,77 Mk. auf, 75 269,24 Mk. mehr als 1913. Neu hinzugekommen ist die Teignwarenabteilung Gröbe, die während der letzten Wochen des Jahres 1914 für 26 149,24 Mk. Teignwaren beihaltete. Eine besonders wichtige Aufgabe hatte naturgemäß die Abtaltung der Großhandelsvereine zu versehen. Im täglichen Geldverkehr, dessen glatte Abwicklung besonders für die ersten Monate der Kriegszeit eine Lebensfrage für alle am Geldverkehr Beteiligten bedeutete, leistete die Abtaltung im Debet 201 181 268,85 Mk. im, 2 224 632,78 Mk. mehr als im Vorjahr. Im Kredit betrug der Umsatz 209 318 333,17 Mk., das sind 88 219,14 Mk. mehr als 1913. Die Zahlen zeigen die Spuren der Kriegsmomente des verfloßenen Jahres. Man stelle sich aber einmal vor, die deutschen Konsumvereine hätten keine Großhandelsvereine gehabt, als der Kriegsausbruch Verwirrungen in das Wirtschaftsleben trug. Noch viel mehr, als schon geschehen, hätten sich dann jene Mraite bemerkbar gemacht, denen rücksichtsloses Gewinnstreben Tagesbedingung ist. Die Großhandelsvereine haben ihr Teil dazu beigetragen, daß jenes Gewinnstreben nicht ins Unerlöse ausartete, was ihr die Konsumvereine und deren Mitglieder danken.

• Aus den Stadtparlamenten •

Kriegs-Teuerungszulage.

Neurobe. In der Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, denjenigen städtischen Beamten und Angestellten, deren jährliches Einkommen weniger als 2000 Mk. beträgt, eine Teuerungszulage von 10 Proz. zu gewähren.

Kranenthal. Die zum Verdienst eingezogenen städtischen Arbeiter erhalten nicht mehr wie bisher pro Tag 3,80 Mk., sondern ab 1. Juli den vollen Lohn auf die Dauer des Krieges.

Erholungurlaub.

Marlsruhe. Der Stadtrat ließ, auf eine Eingabe unseres Aktivaobmannes wegen Einhaltung der Bestimmung bezüglich des Urlaubs, der Aktive den Wehrdienst zugehen, daß infolge der Einberufungen das Arbeiter- und Beamtenpersonals stark vermindert sei; es sei jedoch nur im geringen Maße gelungen, Ersatz zu schaffen; deshalb wäre es nicht möglich, den vollen Urlaub zu gewähren. Diejenigen Beamten und Arbeiter, welche im vorigen Jahre weniger als die Hälfte oder gar keinen Urlaub erhielten, sollen in diesem Jahre die Hälfte des geordneten Urlaubs erhalten. Wenn aus Gesundheitsrücksichten ein längerer Urlaub nötig ist, muß mit ärztlichem Zeugnis beim Bürgermeisterrat der Antrag gestellt werden. Für diejenigen, die weder 1914 noch 1915 Urlaub erhielten, wäre in Aussicht genommen, daß sie später den achtzigsten Urlaub nachholen können. Wenn es der Dienst erfordert, soll der Urlaub in verschiedene Teilstücke zerlegt werden; auch kann verlangt werden, daß der Urlaub am Ort oder in der Nähe gebracht wird. Aus dem ganzen Schreiben des Stadtrats ist zu ersehen, daß auf den Arbeiter wenig, sehr wenig Rücksicht genommen wird. Obwohl in allen Betrieben die feuerbeigen Arbeiter außer Acht gelassen werden müssen, wird ihnen doch nicht Gelegenheit gegeben, ihre Strafen zu sammeln und dem Körper einige Tage Ruhe zu gönnen.

• Aus unserer Bewegung •

Marlsruhe. Am 11. August fand in der „Stromhalle“ unsere Monatsversammlung statt. Das Protokoll des im Quartett als Vorkämpfer dem Turbulenzen entgegen tretenden Martin sowie des verstorbenen Kollegen Müller wurde in der üblichen Weise gelesen. Der Vorsitzende Mollate sprach sodann die Aufhebung der Kammlenunterstützung und die Wiedereinsetzung der statutarischen Bestimmungen seitens des Hauptverbandes bekannt. An Stelle des um Hilfe suchenden Mannes, Kollege Vogt, erkrankte der Vorsitzende den Massenverband. Demselben ist folgendes zu entnehmen: Einnahmen, inklusive Zehntausend am letzten Quartal, 1913/14 Mk.; Ausgaben totaler mit 25,83 Mk.; Sterbenunterstützung 170 Mk.; Kammlenunterstützung 67,82 Mk.; Kammlenunterstützung für Kriegsteilnehmer 282 Mk. Nach Abzug aller Ausgaben verbleibt in der Aktive ein Bestand von 958,96 Mk. Der Vorsitzende sprach der Frau des Mannes, die an Stelle ihres im Felde stehenden Mannes die Hauswirtschaft zu vollen Zufriedenheit führte, seine volle Anerkennung aus. Sodann hielt Mollate Vorträge über: „Volksernährung während der Kriegszeit“. Der Referent rügte das Verhalten der Lebensmittelhändler und schloß seinen interessanten Vortrag damit, daß die Arbeiterchaft an der landwirtschaftlichen Ertragslücke ein Beispiel nehmen möge. Genau denselben Wert sollten wir unserer kostengünstigsten landwirtschaftlichen Bewegung beilegen, denn würde es um vieles besser stehen.

Mosheim. Die traurige Nachricht, daß Kollege Sebold, unser unvergesslicher Gauarbeiter, den Heldentod gefunden hat, beunruhigt unsere Aktive in hohem Maße. Am 5. Mai 1906 fand im Gewerkschaftshaus (Stiergarten) die Gründungsversammlung unserer Aktive statt, in welcher Sebold aber die gewerkschaftliche Kampfart referierte. Nach dem Referat erfolgte die Auktionsgründung mit 17 Kollegen. Wohl sind nur wenig Sallenenarbeiter dem Amt gefolgt, aber das hinterste Kollege Sebold leuchtete, an dem begnadeten Bau unermüdet weiter zu arbeiten. Ein besonderer Wunsch, die Gemeindegewerkschaften in den Verband zu gewinnen, gelang unter Mithilfe einiger Kollegen der Aktive vier Jahren und nun sind der größte Teil Mitglieder unserer Aktive. Zurunter befinden sich 2 Kollegen, die das gleiche Schicksal traf. Ein Kollege bestand mit Sebold im gleichen Zuge, er schied das gleiche Mädchenarbeiter und wurde von der gleichen Granate bingerastet. Die Aktive Mosheim wird den zu früh Geschiedenen ein ehrendes Andenken bewahren.

• Aus der Praxis der Arbeiterversicherung •

Eine Konferenz der Vertreter der Versicherten bei den Landesversicherungsanstalten nahm u. a. folgende Resolution an: 1. Die Träger der deutschen Arbeiterversicherung sind an der denkbar besten Regelung der verletzten und erkrankten Kriegsteilnehmer aufs lebhafteste interessiert. Ganz abgesehen von dem allgemeinen menschlichen Wunsche, einen jeden durch den Krieg in der Erwerbsfähigkeit Beschädigten die Erwerbsfähigkeit so vollständig wie nur möglich wiederherstellen zu lassen, gebietet das finanzielle Interesse der Versicherungsträger, jeden Verwundeten zu unterstützen, der diesen Ziele näherkommt. In die Regelung der Verwundeten oder Erkrankten auch Sache der Militärverwaltung, und erstreckt sie solche auch mit allen Mitteln der Wissenschaft und der Technik, so wird diese Regelung doch unter den gegebenen Umständen vielfach nicht so intensiv sein, wie es zur Verhütung der Invalidität erforderlich. Hier einzutreten, liegt nicht nur im Aufgabenkreis der Landesversicherungsanstalten, sondern gebietet ihnen die Pflicht, das gilt namentlich auch von der Fürsorge für Kriegsteilnehmer, die später an den Nachfolgen des Krieges, Herz-, Nerven-, Lungenleiden, Rheumatismus usw. erkranken. Auch die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten darf im Hinblick auf die große Gefahr, die hierdurch der gesamten Bevölkerung erwächst, nicht aus irgendwelchen rechtlichen Bedenken vernachlässigt werden. 2. Ueber die Gewährung des Verletztenverfahrens im Einzelfall hinaus wird man von der Vorschrift des § 1274 der Reichsversicherungsordnung Gebrauch machen dürfen, um zugunsten allgemeiner, auf die Hebung der Gesundheit der versicherungspflichtigen Bevölkerung gerichteten Bestrebungen Mittel der Landesversicherungsanstalten aufzuwenden. In den Rahmen dieser Aufgabe würde auch die Unterstützung der Bestrebungen fallen, deren Ziel es ist, die Kriegsschädigten nach Möglichkeit wieder in den alten Lebenskreis zu bringen. Auch die Bestrebungen zur Beschaffung von Arbeit und zur Unterstützung von Arbeitslosen, zur Vermeidung einer Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse in den betroffenen Schichten, wie sie besonders wieder nach dem Zurückströmen der vom Militär Entlassenen notwendig werden, namentlich durch Gewährung von Darlehen an Gemeinden, Korporationen und gemeinnützige Bauvereine sind durchaus zu billigen. 3. Im Gegensatz zum Verletztenverfahren kann es sich bei den zu § 1274 der Reichsversicherungsordnung nur um Unterstützung von Maßnahmen handeln, die durchzuführen in erster Linie dem Reich, daneben den Landesstaaten und Gemeinden obliegen. Diesen Stellen dürfen die Landesversicherungsanstalten die Erfüllung ihrer gesetzlichen und moralischen Pflichten in keiner Weise abnehmen, nur ergänzend sollen sie hier eingreifen. Eine über diese Grenzen hinausgehende Berechtigung der Landesversicherungsanstalten auf dieser Aufgabe würde die Rücksicht auf die Interessen der Versicherten im allgemeinen vernachlässigen lassen und dazu führen, einer Derobation der Altersrente für den Bezug der Altersrente, der nach Artikel 84 des Einbürgerungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung dem Reichstag noch in diesem Jahre zur erneuten Beschlußfassung vorzuliegen ist, oder der so dringend notwendigen Erhöhung der Hinterbliebenenbezüge Schwierigkeiten bereiten. Diese Gefahr ist um deswillen nicht unbegründet, weil die dauernde Belastung der Versicherungsträger durch die aus dem Kriege direkt oder indirekt erwachsenden zahlreichen Invalidenrenten- und Hinterbliebenenrentenanprüche recht groß sein wird. Wenn für die gesamten Kriegsfürsorgezwecke der vom Reichsversicherungsamt vorgezeichnete Betrag von etwa 5 Proz. des Vermögens verwendet wird, so erscheint dies das alleräußerste, das dafür verausgabt werden darf.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Der Verband der Maler 1914. Bis Jahresabschluss verlor der Verband nicht weniger als 11685 Mitglieder durch Einberufung zum Kriegsdienst; nicht gerechnet jene, die in der Aufregung der ersten Kriegswochen ihre regelrechte Abmeldung unterließen. Weiter wirkte das starke Abwandern vieler Berufsangehörigen in die mit Militärleistungen bedachten Gewerbe auf ihn sehr nachteilig. Er besaß am Schlusse des Jahres 1914 noch 22610 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 121947 Mk., die Ausgaben 1172136 Mk.; das Vermögen der Hauptkasse 606500 Mk., das des Gesamtverbandes 729471 Mk. gegenüber 720117 Mk. am Schlusse des Jahres 1913. Es wurden ausgegeben: 175102 Mk. besondere, nicht im Stamm vorgesehene Arbeitslosenunterstützung und 57646 Mk. Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer. Als Kriegsausbruch wurden ferner gezahlt an kranke Mitglieder 338240 Mk. für Kostenunterstützung 4855 Mk. Sterbenunterstützung 29010 Rom 1. April d. J. an den Malerverband sein Statut wieder mit geringeren Einschränkungen in Kraft gesetzt und gleichzeitig die vor zwei Jahren unter ähnlichen Verhältnissen beschlossene Neuorganisation einer Arbeitslosenunterstützung trotz des Kriegszustandes vernünftigt.

Notizen für Gasarbeiter

Ein Skandal im Ludwigschafener Gaswerk. Die Tagespresse berichtet über die Entlassung von 15 deutschen Arbeitern und deren Erziehung durch russische Gefangene im hiesigen Gaswerk in Ludwigschafen. Dazu schreibt scharf aber treffend die „Wälz. Post“: „Statt die entlassenen 15 heimischen Arbeiter wieder einzustellen, ließ Gaswerkdirektor Körtisch die entlassenen Arbeiter antreten und stellte eine bodenlospeinliche Untersuchung an, wer von ihnen den Vater im Felde haben hat. Den auf diese Weise Ermittelten gestattet er gnädigst, im Gaswerk weiterzuarbeiten. Den übrigen wurde wegen angeblicher Verfehlungen eine Moralphase gehalten — einige sollen zu spät zur Arbeit gekommen sein, zu lange ge-frühstückt oder auch — man denke! — geraucht haben. Auch einige von diesen fanden noch Gnade vor den Augen des Herrn Direktors. Den „Zahlmännern“ gegenüber aber wurde die Entlassung aufrecht-erhalten — zur Strafe für ihr angeblich nicht einwandfreies Ver-halten während der Arbeit. Der Gaswerkdirektion ständen wohl noch andere Mittel zur Verfügung als die Entlassung, um Disziplin und Ordnung im Betrieb aufrechtzuerhalten. Schon um den üblen Eindruck zu vermeiden, daß ein hiesiger Betrieb deutsche Arbeiter entläßt, um gefangene Russen zu beschäftigen, müssen alle Arbeiter werksweit eingeweiht werden. Wenn Herr Direktor Körtisch dies nicht freiwillig tut, wird ihn der Stadtrat, in dem lauter Deutsche sitzen, dazu zwingen müssen. Denn was heute ein hiesiger Betrieb tut, darauf könnte sich morgen ein Privatunternehmer berufen und die deutschen Arbeiter könnten dann gehen, wo sie bleiben. Das Gas-werk darf aber nur soweit Gefangene beschäftigen, als deutsche Ar-beiter nicht zu haben sind. Im übrigen wird der Stadtrat dem öf-fentlichen Skandal im Gaswerk wohl ein Ende bereiten.“ — Das wollen wir hoffen!

Krankfurt a. M. Solange die Laternenanzünder der Frank-furter Gasgesellschaft noch in Gleichgültigkeit die übrigen Arbeiterkassen ver-gessen. Der Krieg mit seiner Feuerung ist ihnen Vordränger ge-worden. Müdemmeier Schmalbans war der Agitator, der sie zu einer strengen Sektion unseres Verbandes zusammenschloß. Zwar fanden ihre Forderungen auf Gewährung einer Feuerungs-zulage zunächst eine glatte Abfuhr, als aber die übrigen Gas-arbeiter das Banner der Solidarität hielten und sich geschlossen hinter die Laternenanzünder, ihre Arbeitsbrüder, stellten, änderte sich die Situation. In 14-tägiger Verhandlung mit dem Vertreter des Verbandes und der von den Anzündern gewählten Kommission wurden die Anzünder als den übrigen Arbeitern gleichberechtigt anerkannt und eine Feuerungszulage mit Rückwirkung vom 1. August in Höhe von 50 Pf. bis 1 Mk. pro Woche, als eine zehn-prozentige Erhöhung des gegenwärtigen Lohnes, bewilligt. Gegen-über unserer Forderung ist dieser Erfolg allerdings sehr bescheiden. Immerhin zeigte die Verhandlung einen Charakter, der auch für die Zukunft eine Verhandlung vorbeißt. Vorbedingung dabei ist freilich, daß die gegenwärtige Gleichgültigkeit der Anzünder nicht nur erhalten bleibt, sondern daß auch die noch fernstehenden sich eifrig in den Dienst der Bewegung stellen. Daran zu arbeiten ist eine Pflicht für jeden Anzünder. Die Einmütigkeit aller ist die beste Gewähr für die Erreichung unserer Ziele.

Internationale Rundschau

Italien. Den sozialistischen Stadtverwaltungen in Italien wird ein Kriegsausbruch von Militär- und Zivilbehörden das Leben recht schwer gemacht, sei es durch Verhaftungen von Bürger-meistern und hiesigen Beamten oder durch Ablehnung der kommuni-stischen Voranschläge oder andere ähnliche Methoden. Ganz traurig sind aber die Verhältnisse, wie sie durch solche Schikanen in Andria, einer der größeren Städte Süditaliens, sich herausgebildet haben. Vor einem Jahre zeigte sich in Andria ein ziemlich großes Defizit, das man durch eine Anleihe zu beheben suchte. Aber das ver-gangene Jahr war nicht dazu geeignet, auf diesem Wege Erfolge zu erzielen. Die Stadtverwaltung wandte sich, ohne Ergebnis, mit der Bitte an die Regierung, die nötigen 200.000 Lire (160.000 Mark) vorzuschießen. Es ist allmählich so weit gekommen, daß, wie der „Avanti“ am 12. August schreibt, vom 13. an die hiesige Er-trägung und Abwässerreinigung Andria hat keine Manu-fakturen aufhören muß, weil die Firmen und Einzelarbeiter, die die Reinigung besorgen, nicht mehr bezahlt werden können. Einige hiesige Arbeiter arbeiten schon lange nicht mehr; hiesige Unter-zugungen sind seit über sechs Monaten nicht bezahlt worden. Die im Interesse der Arbeitslosen, deren es im Umkreise 10.000 gibt, aufzunehmenden Arbeiten müssen unterbrochen werden. Es wird allgemein angenommen, daß nur ein Druck auf die Stadt ausgereicht werden soll, sich ihrer sozialistischen Verwaltung zu entledigen. Der Bürgermeister steht nun vor der Entscheidung, den Vaukerott der 60.000 Einwohner habenden Stadt zu erklären.

Rundschau

Zur Verbesserung des Arbeiterhaushalts. Der Bundesrat hat Höchstpreise für Petroleum festgesetzt, die vom 15. Juli ab Geltung haben. Das Liter Petroleum darf danach im Kleinhandel, beim Verkauf von weniger als 100 Kilogramm, nicht mehr als 32 Pf. betragen, wenn der Käufer die Ware abholt, und nicht mehr als 34 Pf., wenn die Ware ins Haus gebracht wird. Aber: wird man denn überhaupt genügend Petroleum bekommen oder wird es uns wieder so gehen wie im letzten Winter, wo die einzelnen Familien nur alle vierzehn Tage und später nur alle drei Wochen einen einzigen Liter — und oftmals auch dieses Quan-tum noch nicht einmal — erhalten konnten? Diese Frage werden wohl viele Familien stellen, die im vorigen Winter abends im Dunkeln sitzen mußten, weil kein Petroleum zu haben war, und Lichte waren ebenfalls knapp. Nun ist man heutzutage nicht mehr auf das Petroleum bei der Beleuchtung angewiesen. Gas und Elektrizität geben ein viel besseres Licht, das nicht einmal teurer ist. Dabei ist die Handhabung viel einfacher und sauberer, als die Verwendung von Petroleum. Dennoch müssen namentlich Arbeiterfamilien vielfach darauf verzichten, Gas und Elektrizität als Beleuchtungsmittel überhaupt verwenden zu können, weil nämlich die Anlagen dazu in den Arbeiterwohnungen oft nicht vorhanden sind. Anlagen für Gasverwendung hat heutzutage wohl schon jeder Ort und Heberlandzentrale haben auch die Elektrizität in viele Dörfer gelegt. Die Großstädte sind ausnahmslos mit beiden ver-sehen. Als Beleuchtungsmittel kamen Gas und Elektrizität aber zu-nächst in die Wohnungen der zahlungsabigen Personen. Es gibt selbst in den Großstädten noch viele alte Häuser, in denen jede An-lage für Gas fehlt. Elektrizität, wegen seiner bequemen Verwendung wohl das Ideal aller Menschen, ist in Arbeiterwohnun-gen eine Seltenheit. Die Kriegszeit mit ihrer Petroleumknappheit hat ja nun vielfach dazu geführt, auch einen Teil dieser Wohnungen mit Gas- oder elektrischen Lichtanlagen zu versehen. Trotzdem fehlen sie noch immer gerade in Arbeiterwohnungen, weil die Hausver-e für diese nicht gern die Ausgaben für Lichtanlagen machen — jetzt auch in vielen Fällen wohl für Geld dazu haben — und weil es den Arbeiterfamilien in der gegenwärtigen Zeit noch schwerer mög-lich ist als sonst schon, sich passende Beleuchtungskörper zu kaufen. Die Gasautomatengesellschaften erleichtern diese Anschaffungen ja erheblich. Zur die Bekaffung elektrischer Wohnraumbelichtung sind derartige Institute aber leider nicht vorhanden. Die Er-fahrungen des letzten Winters haben dazu geführt, in den Ge-meindeverwaltungen mit höherem Raddruck darauf zu dringen, der Beleuchtungsfrage größere Beachtung seitens der Kom-munen zu schenken. Es muß danach getrebt werden, die Anwend-barkeit bequemer Beleuchtungsmittel nicht mehr vom Geldbeutel abhän-gig zu machen. In neuen Häusern mit größeren Wohnungen gibt es fast ausnahmslos — wenigstens in größeren Städten — Warm-wasserheizung, Zentralheizung und vielfach auch schon Stau-entfernung durch Vakuumfänger. Wie würde sich die Arbeiterkassen, die die Stube voll Kinder hat und alles allein machen muß oder die für Brot arbeiten und daneben die Hauslichkeit und die Kinder zu versorgen hat, freuen, wenn sie nicht mehr Kohlen schleppen bräunte und sich nicht mehr die Zeit mit Feueranmachen und Ofenwarten verüben müßte und doch eine warme Wohnung und immer war-mes Wasser hätte, was in der Wirtschaft stets so nötig gebraucht wird. Staubausfängerapparate gibt es in Häusern mit kleinen Wohnungen aber wohl überhaupt noch nicht. Auch das ist bedauer-lich. Nicht nur wegen der Zeitverschwendung, die die Staubentfernung mit Wischtuch und Peien erfordert, sondern weil sie Gesundheits-gefahren im Gefolge hat. Da nun in kleinen Wohnungen, wo die Sachen eng aufeinanderstehen, die Staubentwicklung besonders groß ist, wäre gerade in Arbeiterwohnungen die Anwendung von Staubapparaten zur Staubentfernung besonders nötig. Wenn die Einführung dieser, die Verhältnisse der Arbeiterkassen wesentlich be-schönigenden Hilfsmittel der privaten Initiative überlassen bleibt, werden die Arbeiterfamilien noch recht lange darauf warten müssen; denn diese rechnet auf privaten Vorteil und deshalb sind der Arbeiterkassen solche Einrichtungen zu kostspielig. Auch hier könnte die gemeindliche Fürsorge zweckmäßiger leisten, ohne daß der einzelne zu hart belastet wird. Immerhin, eine Geldfrage bleibt letzten Endes jede Bequemlichkeit und Bequämlichkeit in der Haushaltung, und je mehr die Arbeiterkassen dazu kommt, durch ihre Organisations ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, desto eher wird es ihr möglich sein, dahin zu wirken, Bequämlichkeit und gesundheitsliche Einrichtungen auch in den Arbeiterwohnungen ein-zuführen zu sehen.

Die ortsüblichen Tagelöhne, die nach der Reichsversicherungsordnung sehr kurz „Ertelohn“ heißen, sollen neu festgelegt werden, und zwar erstmalig auf die lange Zeit von vier Jahren und allgemein im Deutschen Reich. Es sollte das schon im Vorjahr geschehen, die Beratungen wurden aber durch eine Bundesratsverordnung unterbrochen. Die neuen Sätze sollen am 1. Januar 1916 in Kraft treten. Der Ertelohn hat eine vielfache Wichtigkeit. Er dient z. B. in der Krankenversicherung zur Berechnung der Versicherungsbeiträge für alle „Landkrankenlastenpflichtigen“ Personen, das sind die Hausgewerbetreibenden, die Landarbeiter und die Dienstboten, wenn durch Ertelohn nichts anderes bestimmt ist. Bei den untätigen Arbeitern richten sich die Beiträge und Leistungen unter allen Umständen nach dem Ertelohn. Weiter hat sich allgemein für alle Arbeiter, auch die gewerblichen, die Gepflogenheit herausgebildet, daß sie nicht als Krankenversicherungspflichtige angesehen werden, wenn sie weniger als ein Drittel des Ertelohnes verdienen. In der gewerblichen Unfallversicherung wird nach ihm die Berechnung der Unfallrente vorgenommen, wenn der Jahresarbeitsverdienst des Verunglückten nicht das Dreihundertfache des Ertelohnes für Erwachsene erreicht. Weiter dient er für solche der Invalidenversicherung angehörenden Personen, die nicht Mitglieder einer Krankenkasse sind, zur Berechnung der Invalidenversicherungsbeiträge. Nach dem Ertelohn werden noch die Familienunterstützungen der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften des Heeres und der Marine, nach § 124b der Gewerbeordnung der Höchstbetrag der Entschädigung an die Unternehmer bei Vertragsbruch der Arbeiter und schließlich noch die Unfallrenten der Gefangenen bemessen. Es ist ein bekannter Mangel, daß die behördlich festgesetzten Ertelöhne meist viel zu niedrig sind und nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Nach der amtlichen Zusammenstellung gibt es Sätze von 120 Mk. für erwachsene männliche Arbeiter, namentlich die Provinz Schlesien „zählt“ sich nach dieser Richtung hin aus. Für erwachsene weibliche Personen geht der Satz bis auf 70 Pf. herunter, für jugendliche Arbeiter auf 40 Pf. Es gibt noch viele Großstädte, die für erwachsene männliche Arbeiter nicht mehr wie 3 Mk. festgesetzt haben. Diese zu niedrigen Festsetzungen bedingt natürlich eine erhebliche Schädigung der Arbeiterkraft. Es müßte daher alles daran gesetzt werden, die Ertelöhne überall zu erhöhen. Die Lebensmittelpreise haben eine unacahnte Höhe erreicht, und es ist nicht anzunehmen, daß sie auf den früheren Stand zurückgehen. Hier und da sind die wirklich gezahlten Löhne dieser „Entwicklung“ schon angepaßt worden, und nach dem Kriege wird und muß das in noch größerem Umfange geschehen. Auf alles das muß bei der Festsetzung Bedacht genommen werden. Die endgültige Festsetzung der Ertelöhne geschieht durch die Oberverwaltungsämter, die Gemeindevorstände, Krankenlastenverwaltungen, Versicherungsämter usw. sollen darüber zuvor gutachtlich gehört werden. Es gilt also, auf diese Stellen in dem hier dargelegten Sinne rechtzeitig einzuwirken.

Eine Konferenz zur Erörterung des Heimarbeiterschutzes fand im August in Berlin auf Einladung der Anstaltsstelle für Heimarbeitreform, Berlin, Kollnseeufer, 29./30. statt, an der Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, des Bureau für Sozialpolitik, der Gesellschaft für soziale Reform und des ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinteressen teilnahmen. Den Vorsitz führte Prof. Brande-Verein. Die Verhältnisse in der Heimarbeit weisen in letzter Zeit eine erhebliche Verschlechterung auf und auch die Zukunftsaussichten sind nicht minder traurig. Trotz der allgemeinen Erneuerung, die den meisten anderen Arbeitern wenigstens bescheidene Lohnaufbesserungen brachte, sind die Löhne in der Heimarbeit gleich geblieben, wo nicht gesunken. Namentlich die zahlreichen Frauen und Witwen der Kriegsteilnehmer und die Kriegsbeschädigten, die einen gewissen Mithalt an ihrer Seite haben, drücken mit ihrem billigen Arbeitsangebot auf die Löhne. Angesichts der starken Vermehrung der Heimarbeit im Kriege und ihrer wichtigen Lage erweist ein kräftiges Eingreifen der maßgebenden Behörden dringend geboten. Sind doch heute fast 3 1/2 Jahre nach Inkrafttreten des Hausarbeitgesetzes die wichtigsten Bestimmungen desselben aus Mangel an Ausführungsverordnungen des Bundesrats nicht in Tätigkeit. Weder sind die dort vorgesehenen Lohnbücher und Lohnlisten in Kraft gesetzt, noch ist auch nur ein einziger Sachausschuß errichtet. Die Forderung, nun endlich das auszuführen, was vor Jahren die gleichgebenden Körperschaften beschließen haben, ist durchaus berechtigt. Allerdings enthalten die Sachausschüsse nicht das, was allein wirksam das Glend in der Heimarbeit steuern kann, die Festsetzung der Löhne rechtsverbindlich festzusetzen und ihre Nachvollkommenheiten sind nur sehr gering, wesentlich begrenzender Natur, aber wenigstens diese bescheidene Möglichkeit sollten benutzt werden. Scharfen Widerspruch erregten die Ausführungsverordnungen zu den Sachausschüssen, durch die eine Vertretung der Heimarbeiter durch Arbeitersekretäre so gut wie ausgeschlossen ist. Es wurde festgesetzt, daß diese Verordnung im Widerspruch mit den Bestimmungen der Reichsregierung vom November 1911 steht, in der ausdrücklich eine weitherrige Auslegung verpönt war. Die Frage der Vertretung der Arbeitersekretäre bei allen Arbeiterangelegenheiten ist durch den Krieg grundtätlich erledigt; sie sind ein unentbehrlicher Faktor der Durchführung von Arbeiterdubien geblieben. Zudem wurde die Frage der Heimarbeitelöhne

bei öffentlichen Lieferungen erörtert. Die mannigfachen und anerkennenswerten Bemühungen, namentlich der Militärbehörden, dem Lohnwucher auf diesem Gebiete entgegenzutreten, werden vielfach leider durchkreuzt durch die zahlreichen Zwischenpersonen, die sich zwischen den, die Lieferung übernehmen und Unternehmer und den Heimarbeiter schieben, durch die Unkenntnis der Heimarbeiter und den Mangel an Öffentlichkeit der Löhne. So finden sich an denselben Orten Lohnverhältnisse von 100 Proz. und mehr. Die in welchen Lieferungsverträgen aufgenommene Formel, daß die „ortsüblichen“ oder „anständigen“ Löhne gezahlt werden sollen, ist in der Heimarbeit so gut wie wirkungslos, notwendig ist eine genaue Festlegung der Endlöhne und Veröffentlichung derselben durch Aushang in den Räumen, wo Heimarbeit ausgegeben und angenommen wird. Nur wenn der Heimarbeiter genau weiß, was er zu fordern hat, wird die Absicht, ihm zu anständigen Löhnen zu verhelfen, verwirklicht werden. Auch wurde die Ausbeutung des Volkswunders auf die nicht bestellte, sondern gekaufte Ware gefordert. So wurde von den Vertretern des Tabakarbeiterverbandes darauf hingewiesen, daß in der Tabakindustrie die Seeresverwaltung die Ware nicht bestelle, sondern fertig laufe. Zum letzten Punkt der Tagesordnung, der Bekämpfung von schwindelhaften Angebots von Heimarbeit und schwindelhaften Unterkirchertursen wurde eine ausgedehnte Agitation in der Öffentlichkeit vorgeschlagen. Zur Ausarbeitung und weiteren Fortsetzung der in der Konferenz mit großer Einmütigkeit beschlossenen Forderungen zum Schutz der Heimarbeiter wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt.

Die Zahl im Kriege. Von einem militärischen Mitarbeiter wird der „Berl. Volksz.“ geschrieben: „Bei den großen Verhältnissen, die der jetzige Weltkrieg angenommen hat, wird in den Berichten vom Kriegsausbruch und in den militärischen Betrachtungen der Tagespresse mit Armeen, Armeekorps und Divisionen umhergeworfen, ohne daß sich der Leser im klaren ist, um welche großen Verhältnisse es sich dabei handelt. Man erlernt dies am besten, wenn man auf einen Truppenverband näher eingeht. Ein einzelnes Armeekorps hat eine Stärke von 41 000 Mann und 14 000 Pferden mit 2400 Fahrzeugen, einschließlich der Geschütze. Davon entfallen auf die fechtende Truppe 36 000 Mann, 9000 Pferde und 1200 Fahrzeuge, auf die Munitionskolonnen und Trains 5000 Mann, 5000 Pferde und 1200 Fahrzeuge. Denkt man sich das Armeekorps auf einer einzigen Straße im Marsche, so nimmt es eine Marschlänge von rund 50 Kilometern ein. Will ein am Ende der Kolonnen befindlicher Infanterist bis zur Spitze marschieren, so braucht er dazu, da der Kilometer ohne Ruhepausen in 12 Minuten zurückgelegt wird, volle 10 Stunden und, rechnet man die Ruhepausen mit ein, 12 bis 13 Stunden. Die Zurücklegung einer solchen Strecke an einem Tage ist aber schon eine Gewaltleistung, da die durchschnittliche Marschleistung an einem Tage unter gewöhnlichen Verhältnissen etwa 25 Kilometer beträgt. Die Marschdistanz der fechtenden Truppen des Armeekorps beläuft sich auf 25 Kilometer. Das ist wichtig für die Aufmarschzeit. Trifft die Spitze auf den Feind und entwickelt sich daraus ein Gefecht, so dauert es 5 bis 6 Stunden, bis der letzte Mann in das Gefecht in der Höhe der Spitze eingreifen kann. Dabei ist noch vorausgesetzt, daß die ganze Bewegung in einem ununterbrochenen Fluße bleibt, so daß keine längeren Ruhepausen entstehen. Diese werden aber unvermeidlich sein, weil der Führer erst das Ergebnis der Aufklärung abwarten muß, ehe er seine Befehle ausgibt. Auch sonst treten während des Gefechts Pausen ein. Die letzte Truppe wird in der Regel auch seitwärts herangezogen, wodurch sich der Aufmarschweg noch mehr verlängert. Der Raum, den ein Armeekorps im Gefecht in der Breite einnimmt, wurde vor dem Kriege auf 4 bis 5 Kilometer berechnet. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit ist er beträchtlich größer und wird jetzt auf sechs bis acht Kilometer angenommen. Selbst wenn man die kleinere Zahl festhält, so würden 10 Armeekorps, die nebeneinander kämpfen, doch schon eine Frontbreite von 60 Kilometern einnehmen. Ein Fußgänger braucht 12 bis 14 Stunden, um diese Front abzugehen. Und dabei stellen 10 Armeekorps nur einen kleinen Teil derjenigen Kräfte dar, die in der modernen Schlacht auf demselben Kampffeld einheitlich verwendet werden. Soll das Armeekorps mit der Bahn verladen und abtransportiert werden, so brauchen die Truppen allein 67 Züge, die Kolonnen und Trains 41 Züge, so daß sich ein Gesamtbedarf von etwa 110 Zügen ergibt. Da die durchschnittliche Leistung einer einzelnen Bahn im Tage 15 Züge beträgt, dauert der Transport des Armeekorps auf der 6 bis 7 Tage, bei einer zweigleisigen Bahn verringert sich die Zeit auf 3 bis 4 Tage. Dazu kommt noch die Zeit, die für die Zurücklegung der Entfernung selbst erforderlich ist. Deshalb ist die Benutzung der Bahn nur bei größeren Entfernungen dem Aufmarsch vorzuziehen. Das Gewicht der täglichen Verpflegung für den Mann beträgt durchschnittlich 1100 Gramm. Bei einer Verpflegungshöhe von rund 40 000 Mann beträgt also die tägliche Verpflegung 44 000 Kilogramm. Die Kriegstruppe für ein Pferd 24 000 Kilogramm Wasser, bei schweren Pferden das Doppelte. Da das Armeekorps 14 000 Pferde hat, ergibt das einen Bedarf von 34 000 Kilogramm Wasser, ohne Berücksichtigung des Nebenbedarfs für die schweren Pferde. Formonen und Matten ergeben also zusammen 130 000 Kilogramm, mit den schweren Pferden 150 000 Kilogramm. Rechnet man die Beladungsstärke eines Aufmarsch-

wagens mit 1000 Miloramm, so müssen, um die tägliche Verpflegung eines Armeekorps zu befördern, 150 solche Wagen verwendet werden. Ein Armeelaßzug, der aus einem Motorwagen und einem Anhängewagen besteht, befördert an Rußland 6000 Miloramm. Der Bedarf des Armeekorps kann also mit 25 solchen Armeelaßzügen befördert werden. Schon daraus erkennt man die große Überlegenheit des mechanischen Zuges über den tierischen. Sollen die Tornister der Mannschaften gefahren werden, wamentlich im Sommer vielfach angeordnet werden wird, so können auf einem Wagen 60 Tornister untergebracht werden. Eine Stompage braucht also vier Wagen, das Bataillon zwölf. Wollte man die Tornister des ganzen Armeekorps fahren lassen, so würden dazu etwa 600 Wagen erforderlich sein. Will man auch die Mannschaften fahren lassen, so sind für ein Bataillon 100 Wagen notwendig. Der Kübler und der Generalstabsoffizier müssen alle diese Zahlen im Kopfe haben und bei ihren Anordnungen berücksichtigen. Aber auch für jeden, der die Berichte über die Kriegsergebnisse aufmerksam verfolgt sind sie wichtig, um sich ein Bild von dem Gange der kriegerischen Handlung machen zu können.

Bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungsasse war in den letzten vier Wochen eine starke Entnahme von Anteilscheinen zu verzeichnen. Bis zum 13. August 1915 sind für 36.083 Kriegsteilnehmer 32.194 Anteile erworben und dafür 260.970 Mk. einbezahlt worden, die nach Schluß des Krieges reiflos an die Angehörigen der im Kriege sterbenden Versicherten kommen. Nach den bis jetzt bekanntgewordenen Zahlen an Gefallenen und nach den außerordentlich erfreulichen Ergebnissen der Deckung der zahlreich Verwundeten ist bei der großen Zahl der zum Kriegsdienst Einberufenen auf ein günstiges Resultat bei dieser Versicherungsart zu rechnen. Wenn der Krieg nicht mehr gar zu lange dauert, dürfte das Verhältnis der Gefallenen unter den Versicherten von fünf vom Hundert nicht erreicht werden, so daß die auf einen Anteilsschein von 5 Mk. zur Auszahlung kommende Summe den Betrag von 100 Mk. noch übersteigen dürfte. Ueber den Verlauf der Sterblichkeit der verwundeten deutschen Krieger sind für die ersten neun Monate des Krieges nach offiziellen Angaben folgende Zahlen mitzuteilen. Von den in den Lazaretten des gesamten deutschen Heimatsgebietes behandelten Angehörigen des deutschen Feldheeres kamen in Abgang, berechnet auf je 100 des Abgangs, als:

	im	dienstfähig	gestorben	anderweitig ¹⁾
August	1914	84,9	3,0	12,2
September	1914	88,1	2,7	9,1
Oktober	1914	88,9	2,4	8,7
November	1914	87,3	2,1	10,6
Dezember	1914	87,8	1,7	10,5
Januar	1915	88,7	1,4	9,9
Februar	1915	88,6	1,3	10,0
März	1915	88,9	1,6	9,5
April	1915	91,2	1,4	7,4
Durchschnitt vom August 1914 bis April 1915		88,5	1,9	9,6

¹⁾ Anderweitig = Dienstunbrauchbarkeit, Beurlaubung. Ein Teil von diesen Leuten hat später die Dienstfähigkeit wieder erlangt, so daß die Zahlen der als dienstfähig Entlassenen in Wirklichkeit etwas größer als angegeben sind.

Die Erde weint.

Kannst du es deuten, was die Nacht durchstöhnt,
Was wie ein Zeugnis irrt durch Wald und Feld,
Was wie ein schmerzgepreßtes Wimmern tönt?
Steh still und schweig! Das ist das Weh der Welt!
Die Erde weint um all die Freveltat,
Die Schmach und Schande über sie gebracht,
Um Blutschuld, Lüge, Rachgier und Verrat,
Um alles Heilige, was der Mensch verläßt.
Wo Bruderkrieg zerstampft das Saatgetreid,
Wo schuldlos Blut der braune Boden trank,
Wo je ein Todeschrei die Luft durchschneid:
An jeder Stelle bleibt die Erde krank!
Wo Arglist je ein Herz zusehnden schlug,
Wo Lüge ihre falschen Eide schwur,
In reine Seelen gis't'gen Samen trug:
Da weint in Scham die tiefentweibte Natur!
Am lauten Tage schweigt sie dumpf beläut
Von Arbeitsklang und Menschenlärm und Hast,
Schwach zuckend, wie ein Sterbender sich sträubt,
Wenn schuldige Hände türmen Last auf Last.
Doch mittlernachts, wenn rings der Lärm verscholl,
Da klingt der Erde Stöhnen an dein Ohr,
Da wacht sie auf und wimmert schmerzenvoll
Um Rache und um Trost zu Gott empor.

Martha Meyen.

Totenliste des Verbandes.

- Ant. Baier, Frankfurt a. M.**
Schlosser, Gaswert
† 3. 12. 1914, 25 Jahre alt.
- H. Baumann, Königsbg. i. V.**
Müllersführer
† 14. 8. 1915, 40 Jahre alt.
- Wilhelm Beth, Stettin**
Vorarbeiter, Hauptfriedhof
† 16. 8. 1915, 57 Jahre alt.
- Gg. Bischoff, Neukölln a. d. H.**
Zagner, Tiefbauamt
† 18. 8. 1915, 54 Jahre alt.
- J. Gärtner, Frankfurt a. M.**
Arbeiter der Hafenbahn
† 26. 7. 1915, 22 Jahre alt.
- Joh. Hirschmann, München**
Arbeiter, Elektrizitätswerk
† 22. 8. 1915, 29 Jahre alt.
- Christof Kropfhat, Neukölln**
Pensionär
† 15. 8. 1915, 67 Jahre alt.
- Georg Kürzdorfer, Hamburg**
Malerverwaltung
† 14. 8. 1915, 49 Jahre alt.
- Herm. Martin, Schöneberg**
Gasarbeiter
† 14. 8. 1915, 43 Jahre alt.
- Andreas Müller, Karlsruhe**
Beleuchtungsbediener
† 4. 8. 1915, 75 Jahre alt.

Ludwig Seimel, München
Gasarbeiter
† 6. 8. 1915, 42 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- Paul Erdmann, Dresden**
am 30. Juli im Alter von 27 Jahren in Frankreich gefallen.
- Heinrich Gesken, Bremen**
am 28. Juli i. Alter v. 43 Jahren im Lazarett in Rußland verstorben.
- Wilhelm Graumann, Berlin**
im Alter von 35 Jahren im Felde gefallen.
- Richard Hasermatz, Halle a. S.**
am 21. Juli im Alter von 29 Jahren in Rußland gefallen.
- H. Kummerfeld, Hamburg**
am 15. Juni im Alter von 21 Jahren im Osten gefallen.
- Anton Martin, Karlsruhe**
im Alter von 39 1/2 Jahren dem Typhus im Lazarett erlegen.
- Engen Walschinsky, Berlin**
am 17. Juli im Alter von 30 Jahren gefallen.
- Gustav Makke, Berlin**
am 19. Oktober 1914 im Alter von 24 Jahren gefallen.
- Fr. Vappelbaum, Dresden**
am 11. August im Alter von 27 Jahren in Frankreich gefallen.
- August Plaab, Neukölln**
am 22. Juli im Alter von 34 Jahren gefallen.
- Martin Pongrab, München**
am 31. Juli im Alter von 45 Jahren in Rußland gefallen.
- Karl Reich, Bremen**
am 1. Juli im Alter von 30 Jahren in Frankreich gefallen.
- Wilhelm Hörs, Hamburg**
am 21. Juli im Alter von 43 Jahren i. Lazarett verstorben.
- Paul Scheibner, Cöpenick**
am 4. Juli im Alter von 30 Jahren in Rußland gefallen.
- Konrad Schneck, Freising**
am 20. Juli im Alter von 34 Jahren in Frankreich gefallen.
- Heinrich Schmalz, Kreuznach**
am 4. Juli im Alter von 35 Jahren in Frankreich gefallen.
- Heinrich Schulz, Bremen**
am 27. Juli im Alter von 33 Jahren in Frankreich gefallen.
- Hermann Siemer, Bremen**
am 10. Februar im Alter von 32 Jahren in Rußland gefallen.
- Josef Springer, Blandbach**
am 2. Juli im Alter von 42 Jahren in Frankreich gefallen.
- Johann Stehmeier, Bremen**
am 30. Juni im Alter von 38 Jahren in Rußland gefallen.
- Wilh. Stoffers, Hamburg**
am 4. August im Alter v. 29 Jahr. in den Vogesen gefallen.
- Anton Wittenburg, Hamburg**
am 24. Juli im Alter von 30 Jahren im Osten gefallen.
- Willi Zahl, Berlin**
am 2. August im Alter von 28 Jahren gefallen.
- Walter Zander, Halle a. S.**
am 12. August im Alter von 20 Jahren in Rußland gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

¹⁾ Verlag: Zu Sekretariat des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (G. A. B. M.) u. n. n. Verantwortlicher Redakteur Ernst Dittmer, beide Deutscher W. 57, Winterfeldstr. 24. Druck: Bortwicks Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 64, Lindenstr. 3.